

Bericht

des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Stadtgemeinde Dornbirn um einen weiteren, beziehungsweise erhöhten Beitrag zur Deckung der sachlichen Erfordernisse der k. k. Stickereifachschule in Dornbirn.

Hoher Landtag!

Im Jahre 1901 bewilligte der Landtag der Gemeinde Dornbirn zur teilweisen Bestreitung des ihr obliegenden Schulaufwandes der k. k. Stickereifachschule für die Jahre 1901—1905 eine jährliche Subvention von je 900 K. Damit war nach dem damaligen Stande die Hälfte der Auslagen auf die Landeskasse übernommen worden.

In der vorliegenden Eingabe wird nun berichtet, daß die Stickereischule im Sommer 1906 eine außerordentliche Erweiterung erfahren habe. Die Zahl der Handmaschinen wurde um vier vermehrt, also verdoppelt, und überdies eine Schiffchenmaschine in Betrieb gestellt. Damit wurde ein bedeutender Umbau des Schulhauses und eine größere Anzahl von Lokalitäten notwendig, wodurch sich die sachlichen Erfordernisse der Schule natürlich entsprechend mehrten. Der Voranschlag lautet auf rund 4200 K; da es sich um eine Neueinführung handelt, sind einzelne Posten schätzungsweise festgesetzt, und müssen erst durch die Erfahrung erprobt werden.

„Weil die Schule nicht den Zwecken der Gemeinde Dornbirn, sondern den Zwecken des Landes dient, und im Hinblick auf den sonstigen enormen Schulaufwand der Stadt Dornbirn hat die Stadtvertretung den Beschluß gefaßt, mit der Bitte an den Landtag heranzutreten, derselbe möge bis auf weiteres von dem Schulaufwande (4200 K) Zweidrittel übernehmen. Hinsichtlich des Jahres 1906 — der erweiterte Betrieb der Schule wurde am 1. Oktober v. Js. eröffnet — wird gebeten, nach der Analogie der früheren zwei Perioden die Hälfte des erwähnten Schulaufwandes zu übernehmen. Der gesamte Aufwand in diesem Jahre stellt sich auf 2400 K.“

Der volkswirtschaftliche Ausschuß anerkennt die Tatsache, daß die Stickereischule vor allem den Interessen des Landes dient und erst in zweiter Linie eine Bedeutung für Dornbirn selbst hat; er findet es deshalb für angezeigt, daß in diesem Falle auch das Land weiterhin beisteuert und unter den

gegebenen Verhältnissen die bisherige Subvention erhöht. Er findet es jedoch für entsprechend, daß der Landtag bei dem bisher geltenden Schlüssel bleibe und die Hälfte der Barauslagen für die sachlichen Erfordernisse der k. k. Stickererschule übernehme; das soll für das laufende und kommende Jahr, dann aber auch für das vergangene gelten.

Der volkwirtschaftliche Ausschuß stellt daher den

A n t r a g:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Gemeinde Dornbirn wird zur Bestreitung des Schulaufwandes der k. k. Stickererschule für das Jahr 1906 ein Betrag von K 1200 und für die Jahre 1907 und 1908 ein Beitrag von je K 2100 bewilligt.“

Bregenz, den 11. März 1907.

Josef Fink,
Obmann.

Prof. Dr. Drexel,
Berichterstatter.

